P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Rates
der Stadt Georgsmarienhütte vom 23.09.2013
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Niedersachsen, Raum-Nr. 181

Anwesend:

Vorsitzende

Schmeing-Purschke, Ulrike

Mitglieder

Bahlo, Dagmar	
Beermann, Volker	
Böhle, Rolf	bis TOP 9
Büter, Rainer	
Dälken, Martin	
Daudt, Georg	
Dierker, Annalena	bis TOP 12
Düssler, Frank	
Funke, Petra	
Gröne, Christoph	
Grothaus, Ludwig	
Grottendieck, Jürgen	
Haskamp, Clemens Dr.	
Hebbelmann, Udo	
Holz, Benedikt	
Jantos, Annette	
Kir, Emine	
Korte, Thomas	
Kraegeloh, Klaus	bis TOP 9
Laermann, Reimund	
Lorenz, Robert	
Lüchtesfeld, Johanna	
Lücke, Dagmar	
Noureldin, Nabil Dr.	
Olbricht, Jutta	
Pesch, Karl-Heinz	
Pohlmann, Ansgar	
Rehm, Johannes	
Ruthemeyer, Christoph	
Schmechel, Peter	
Schoppmeyer, Thorsten	
Selige, Dieter	
Springmeier, Wolfgang	
Symanzik, Julian	bis TOP 7
Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich	ab TOP 6 (zur Abstimmung)
Wallenhorst, Sandra	

Verwaltung

Plogmann, Karl-Heinz
 Happe, Cordula
 Lührmann, Bärbel
 Reinersmann, Herbert
 Nentwig, Annegret
 Belling, Christian

Protokollführer/in

Jahnke, Claudia

Fehlende Mitglieder

Bußmann, Ludwig
 Kompa, Peter

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21.10 Uhr

Sitzungsunterbrechung von 19.10 Uhr bis 19.30 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
------------	----------------

1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung der Niederschrift Nr. 3/2013 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.06.2013
3.	Bekanntgabe eines in der nichtöffentlichen Sitzung am 26.06.2013 gefassten Beschlusses
4.	Freigabe von im Haushaltsplan 2013 enthaltenen Maßnahmen der Priorität 2
Vorlage: BV/176/2013
5.	I. Nachtragshaushaltsplan 2013 (Nachtragsstellenplan 2013)
Vorlage: BV/177/2013
6.	Neufassung der Richtlinie für Geldanlagen der Stadt Georgsmarienhütte
Vorlage: BV/180/2013
7.	Jahresabschluss 2012 des Stadtwerke Georgsmarienhütte Eigenbetrieb Abwasser
Vorlage: BV/168/2013
8.	Städtebauliche Verträge mit der NLG. Hier: Abschluss eines städtebaulichen Vertrages "Heinrich-Stürmann-Weg"
Vorlage: BV/160/2013
9.	Städtebaulicher Vertrag "Harderburg"

Vorlage: BV/186/2013

10. Bebauungsplan Nr. 256 "Rittergut Osthoff"
Ergebnis der Beteiligung der Behörden und Träger
öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der
Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB /
Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/166/2013
11. Bebauungsplan Nr. 256 "Rittergut Osthoff - Ergänzung"
Beschluss zur Aufstellung einer Ergänzung des
Bebauungsplanes nach § 13 BauGB
Vorlage: BV/182/2013
12. Änderungen und Neufestsetzungen von Straßennamen
Vorlage: BV/172/2013
13. Bericht des Bürgermeisters
14. Beantwortung von Anfragen
15. Anfragen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ratsvorsitzende Schmeing-Purschke eröffnet die heutige Ratssitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden aus der Mitte des Rates folgende Anträge gestellt:

1. Ratsherr Schmechel beantragt, den TOP 9 „Städtebaulicher Vertrag Harderburg“ von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, da er keine Möglichkeit gehabt habe, die Angelegenheit zuvor mit den Gruppenkollegen abzustimmen.
2. Ratsfrau Jantos beantragt, die TOPs 8 „Städtebauliche Verträge mit der NLG – hier Heinrich-Strürmann-Weg“, 9 „Städtebaulicher Vertrag Harderburg“ und 10 „Bebauungsplan Nr. 256 „Rittergut Osthoff“ von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Sie begründet den Antrag mit der engen Terminierung der Beschlussvorbereitung. Bei der Festsetzung der Ratssitzung auf diesen Montagstermin sei man zudem davon ausgegangen, dass es lediglich um eine Beschlussfassung hinsichtlich der Prioritäten gehe, was in Ordnung gewesen wäre. Für die TOPs 8 bis 10 bestehe kein Grund zur Eile, so dass Zeit genug für eine ordentliche Vorbereitung in den Fraktionen verbleibe.
3. Ratsherr Lorenz beantragt, die heutige Ratssitzung insgesamt zu vertagen. Eine Ratssitzung am Kirmesmontag habe es in der Stadtgeschichte noch nie gegeben. Es handele sich um einen Affront gegen die Schausteller. Er hege den Verdacht, dass diese Terminierung gewählt wurde, um die Beschlussfassungen in Sachen Osthoff

und Städtebaulicher Vertrag Harderburg bei nur geringer zu erwartender Öffentlichkeitsbeteiligung durchziehen zu können.

Bürgermeister Pohlmann weist darauf hin, dass diese Sitzung bereits im ursprünglichen Sitzungsplan für das zweite Halbjahr 2013 enthalten und daher allen Ratsmitgliedern bekannt gewesen sei. Diese Terminierung sei auch nicht gerügt worden. Die Terminierung sei in Relation zu den übrigen Sitzungsterminen der Ausschüsse etc. so vorgeschlagen worden, um eine möglichst kurzfristige Entscheidung nach der Sommerpause über die Maßnahmen der Priorität 2 zu ermöglichen. Weitere Tagesordnungspunkte seien zum Zeitpunkt der Aufstellung des Sitzungsplanes noch nicht absehbar gewesen.

Ratsherr Dälken beantragt darauf hin, die Tagesordnung wie vorliegend abzuarbeiten. Entsprechende Beschlüsse würden von den Betroffenen erwartet. Das Verfahren habe sich schon über längere Zeit hingezogen.

Die Ratsvorsitzende lässt zunächst über den Antrag Nr. 3 des Rats Herrn Lorenz auf Vertagung der gesamten Sitzung abstimmen.

Dieser Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Die Einzelabstimmung über den Antrag 2 der Ratsfrau Jantos, die den Antrag 1 des Rats Herrn Schmechel beinhaltet, führt zu folgendem Ergebnissen:

Die Vertagung des TOP 8 „Städtebauliche Verträge mit der NLG – hier Heinrich-Stürmann-Weg“ wird mit 15 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Die Vertagung des TOP 9 „Städtebaulicher Vertrag Harderburg“ wird mit 16 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Die Vertagung des TOP10 „Bebauungsplan Nr. 256 „Rittergut Osthoff“ wird mit 16 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Die o.g. Anträge auf Änderung der Tagesordnung sind somit insgesamt abgelehnt.

Die Tagesordnung wird daraufhin in der vorliegenden Form mit 19 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Entsprechend § 10 der Geschäftsordnung des Rates fragt die Ratsvorsitzende Schmeing-Purschke anschließend an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

2. Genehmigung der Niederschrift Nr. 3/2013 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.06.2013

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 3/2013 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.06.2013 wird genehmigt.

3. Bekanntgabe eines in der nichtöffentlichen Sitzung am 26.06.2013 gefassten Beschlusses

Die Ratsvorsitzende Schmeing-Purschke gibt bekannt, dass in der nichtöffentlichen Ratssitzung am 26.06.2013 dem Kaufvertrag zwischen der Dälken Grundstücks GmbH und der Niedersächsischen Landgesellschaft über Flächen in Oesede, Heinrich-Stürmann-Weg, zugestimmt wurde.

4. Freigabe von im Haushaltsplan 2013 enthaltenen Maßnahmen der Priorität 2 Vorlage: BV/176/2013

Ratsherr Selige, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, erläutert kurz das in diesem Jahr neu eingeführte Verfahren der Einteilung von Maßnahmen in Prioritäten und der damit verbundenen erneuten Prüfung vor entsprechender Freigabe. Aufgrund der dem Berichtswesen zu entnehmenden positiven Entwicklung der städtischen Finanzen sei eine solche Freigabe weiterer Mittel zu verantworten. Die heute vorliegende Liste wurde im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beraten, der Verwaltungsausschuss hat heute dazu einen einstimmigen Beschlussvorschlag gefasst. Er weist darauf hin, dass vor einer Verwendung der freigegebenen Mittel für die IT-Struktur in Grund- und Hauptschulen eine Beteiligung des Fachausschusses vorgesehen sei. Er bittet um Zustimmung zu den vorliegenden Freigabevorschlägen.

Ratsherr Dälken erklärt, dass der Rat es sich zur Aufgabe gemacht habe, genauestens zu prüfen, welche Mittelfreigaben notwendig und möglich sind. Die bisherigen finanziellen Rücklagen seien damit aufgebraucht, so dass sich die finanzielle Situation in den nächsten Jahren voraussichtlich schwieriger gestalten werde. Mit dem „Prioritätenverfahren“ habe man ein Zeichen verantwortungsbewusster Haushaltspolitik gesetzt, die in den nächsten Jahren fortzuführen sei.

Ratsherr Dr. Haskamp greift den Appell des Ausschussvorsitzenden Selige auf, der im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft eindringlich auf die Notwendigkeit einer fortdauernden sparsamer Haushaltsführung hingewiesen habe. Er beurteilt das Prioritätenmodell als zielführendes System, mit dem auf übersichtliche Weise entsprechend der Haushaltslage reagiert werden könne, wie in diesem Jahr durch Freigabe von Maßnahmen der Priorität 2. Die Position der IT in Schulen hätte er gern vorab im Fachausschuss evaluiert gehabt, was zeitlich leider nicht machbar gewesen sei. Eine dortige Beratung vor endgültiger Vergabe sei aber auch in Ordnung. Thematisiert werden sollten auch Vorschläge an die Verwaltung, so wie z.B. die Prüfung einer Finanzierung der Notfallmappe über Sponsoring. Die Einsparungen insgesamt seien durchaus zufriedenstellend, er hoffe auf Zustimmung des Rates zum Gesamtpaket.

Ratsherr Hebbelmann nimmt Bezug auf die Aussage der Ratsfrau Jantos und berichtet, dass das Georgsmarienhütter Prioritätenmodell Karriere im Landkreis Osnabrück gemacht habe. Er stimme allerdings gegen den Beschlussvorschlag, da er die Meinung vertrete, dass man Geld, das man nicht habe, auch nicht ausgeben könne.

Ratsherr Schoppmeyer weist darauf hin, dass im Budget des Fachbereichs IV einige Einsparungen erfolgen konnten – zugunsten von Maßnahmen des Fachbereiches III. Dennoch werden für den Baubetriebshof erforderliche neue Fahrzeuge angeschafft und auch die Lichtsignalanlage an der Hagener Straße wird installiert werden.

Ratsfrau Jantos begrüßt das bisher einstimmige Votum in dieser Angelegenheit. Sie frage sich jedoch, ob das Prioritätenmodell wirklich sinnvoll sei. Die Beratungen hätten sich hingezogen, so dass sie dringend an ihre Ratskollegen appelliere, effektiver zu arbeiten und die Angelegenheiten besser auf den Punkt zu bringen. Glücklicherweise seien die Reserven noch nicht aufgebraucht. Sei das der Fall und eine finanzielle Schieflage zu befürchten, erwarte sie ein Signal der Verwaltung. Eine kontinuierliche Beratung über Prioritäten wäre nicht in ihrem Sinne.

Bürgermeister Pohlmann trägt abschließend vor, dass das Verfahren sicherlich zeitaufwändig sei. Aufgrund der Haushaltssituation sei es aber unabdingbar, Steuerungsmechanismen einzuführen und umzusetzen, um im Laufe des Jahres auf Entwicklungen reagieren zu können. Neben den Möglichkeiten und der Verpflichtung der Verwaltung, insbesondere auf eine negative Haushaltsentwicklung zu reagieren, gäbe das Prioritätenmodell in erster Linie der Politik die Möglichkeit, die Umsetzung wichtiger Projekte zu steuern. Das gelte vor allem für Investitionen.

Das Prioritätenmodell sei auch in einem in den letzten Tagen herausgegebenen Entwurf eines Erlasses des Niedersächsischen Innenministeriums aufgegriffen worden, in dem entsprechende Vorgaben für Prioritätenlisten in kommunalen Haushalten geregelt werden sollten. Er halte das Prioritätenmodell für eine sinnvolle Regelung, aus politischer Sicht den kommunalen Haushalt im Jahresverlauf steuern zu können. Das Verfahren sei sicherlich zu prüfen und aufgrund der Erfahrungswerte ggf. zu justieren, so dass man für die künftigen Beratungen auch zu einem effizienten Zeiteinsatz käme.

Folgender Beschluss wird bei einer Gegenstimme mehrheitlich gefasst:

Die Freigabe von Maßnahmen der Priorität 2 wird gemäß vorliegender Aufstellung beschlossen.

**5. I. Nachtragshaushaltsplan 2013 (Nachtragsstellenplan 2013)
Vorlage: BV/177/2013**

Auch diese Angelegenheit stellt Ratsherr Selige in seiner Funktion als Fachausschussvorsitzender vor. Er weist darauf hin, dass nach Durchführung eines einheitlichen Stellenbewertungsverfahrens nun ein Nachtragstellenplan zu beschließen sei, der im Fachausschuss sowie im Verwaltungsausschuss einstimmige Zustimmung erfahren habe. Gegenüber dem Ursprungsstellenplan 2013 seien keine zusätzlichen Stellen geschaffen wurden, zwei Beamtenstellen wurden gestrichen und drei in Beschäftigtenstellen umgewandelt, so dass die Beschäftigtenzahl im Saldo dann 163,47 betrage. Aufgrund der 27 Beförderungen bzw. Höhergruppierungen ergeben sich Mehrausgaben in Höhe von 66.000 €/Jahr. In diesem Jahr sind die Ausgaben bereits durch die vorhandenen Personalkostenansätze abgedeckt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, verliert die Ratsvorsitzende den Beschlussvorschlag..

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der I. Nachtragshaushaltsplan 2013 (Nachtragsstellenplan 2013) wird in der vorliegenden Form beschlossen.

6. Neufassung der Richtlinie für Geldanlagen der Stadt Georgsmarienhütte
Vorlage: BV/180/2013

Ratsherr Selige stellt entsprechend der Beschlussvorlage zusammenfassend die zu ändernden Punkte der Richtlinie dar. Neben der Änderung der rechtlichen Grundlage – NKomVG statt NGO - gehe es um die Erweiterung von Anlagemöglichkeiten sowie Erleichterungen im Verfahren. Diese Aktualisierungen seien aufgrund der starken Veränderung des Finanzmarktes und der Zinssituation seit 2009 notwendig, auch um der Verwaltung ein flexibleres Handeln zu ermöglichen. Nachdem er kurz die derzeitigen Geldanlagen der Stadt dargestellt hat, bittet er um Zustimmung zur vorliegenden Neufassung der Richtlinien.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Die Richtlinie für Geldanlagen der Stadt Georgsmarienhütte ist in der vorliegenden Fassung zu erlassen.

7. Jahresabschluss 2012 des Stadtwerke Georgsmarienhütte Eigenbetrieb Abwasser
Vorlage: BV/168/2013

Der Vorsitzende des Betriebsausschusses, Ratsherr Düssler, stellt anhand einer Präsentation die wichtigsten Zahlen und Daten des Jahresabschlusses 2012 dar. Er weist eingangs darauf hin, dass es sich nicht um den Gebührenhaushalt an sich handele, sondern um finanztechnische Ergebnisse. Bzgl. der Entwicklung der Abwassermengen weist er darauf hin, dass die Fremdwassereinleitungen abnehmen und die derzeitige Tendenz zu weniger Abwasser eine Erhöhung der Gebühren nach sich ziehen würde. Die Einleitungen der Gewerbebetriebe hingegen seien konstant, man sollte daran arbeiten, den Bestand dieser zu sichern. Ratsherr Düssler stellt weiterhin die Erlösverteilung in Bezug auf die Schmutzwasserbeseitigung (+ ca. 115.000 €) dar und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass wieder eine Abwasserabgabe zu zahlen sei. In Bezug auf das Niederschlagswasser habe man eine Punktlandung erzielt. Die Biogasanlage, die in einem guten Zustand sei und ordentlich arbeite, weise zwar einen Minusbetrag von 133.000 € aus, die Zahlen seien aber noch passabel. In 2014 müsse sich der Rat allerdings mit der Frage befassen, wie die Verluste aus den Vorjahren entsprechend der Eigenbetriebsverordnung ausgeglichen werden sollen. Er bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag, da der Prüfbericht der Wibera eine ordnungsgemäße Rechnungslegung und Betriebsführung bescheinige.

Ratsherr Selige kann dem nicht zustimmen. Die Biogasanlage schreibe negative Zahlen, zudem werde sie subventioniert durch Quersubventionen mit dem Abwasserbereich, was seiner Meinung nach unzulässig sei. Er weist außerdem noch einmal darauf hin, dass er das zur Betriebsausschusssitzung am 13.06.2013 vorgelegte Gutachten zur Abwassergebühr nach wie vor für nicht sehr aussagekräftig halte und teilweise anderer Meinung sei.

Ratsherr Düssler erwidert, dass eine derartige Quersubvention zulässig sei, da die Biogasanlage ihre Energie der Kläranlage zur Verfügung stelle. Die in Auftrag gegebenen Gutachten kämen ebenfalls zu dem Ergebnis, dass es rechtens ist, die Gebühr wie bislang praktiziert zu berechnen.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Ratsvorsitzende Schmeing-Purschke über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgender Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich fasst:

- a) Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte stellt den Jahresabschluss zum 31.12.2012 und den Lagebericht 2012 des Stadtwerke Georgsmarienhütte Eigenbetrieb Abwasser in der vorliegenden Form fest.
- b) Der Jahresverlust für die Zeit vom 1.1.2012 bis zum 31.12.2012 beträgt 18.457,22 € (Vorjahr Verlust 186.058,25 €).
- c) Das Jahresergebnis wird wie folgt verwendet:
 - Vortrag auf neue Rechnung für den Schmutzwasserbereich 114.712,20 €
 - Vortrag auf neue Rechnung für die Biogasanlage - 133.169,42 €
- d) Der Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2012 die Entlastung erteilt.

Nach Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt beantragt Ratsfrau Jantos eine 10-minütige Sitzungsunterbrechung.

Dieser Antrag wird bei 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Ratsvorsitzende Schmeing-Purschke eröffnet die Sitzung wieder um 19.30 Uhr.

**8. Städtebauliche Verträge mit der NLG. Hier: Abschluss eines städtebaulichen Vertrages "Heinrich-Stürmann-Weg"
Vorlage: BV/160/2013**

Ratsherr Hebbelmann nimmt an der Beratung und Beschlussfassung in dieser Angelegenheit nicht teil.

Ratsherr Schoppmeyer, Vorsitzender des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr, stellt den Beschlussvorschlag einschließlich der Ergänzung aus dem heutigen Verwaltungsausschuss hinsichtlich der Festschreibung der Gebühren für die Leistungen der NLG dar.

Ratsfrau Jantos erklärt, dass die SPD-Fraktion eingangs die Vertagung dieser Angelegenheit beantragt hatte, da ihres Erachtens nicht ausreichend Zeit für die Beratung in der Gruppe, vor allem auch im Hinblick auf die grundsätzliche Diskussion über das städtische Grundstücksmanagement und die NLG-Verträge im Verwaltungsausschuss am 11.09.2013 zur Verfügung gestanden habe. Man fühle sich „überrumpelt“, so dass die SPD-Fraktion sich aus diesem Grunde bzw. aus dem Grunde, dass der damalige Investor sein Projekt dort nicht durchführen konnte, enthalten bzw. den Beschlussvorschlag ablehnen werde.

Für die Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN trägt Ratsherr Korte vor, dass seine Fraktionskollegen gegen den Beschlussvorschlag stimmen werden, u.a. aufgrund der sich schwierig gestalteten Diskussion dieser komplizierten Thematik im Verwaltungsausschuss.

Ratsherr Kraegeloh schließt sich seinen beiden Vorrednern an. Auch er benötige eine vorgeschaltete Fraktionssitzung, um die schwierige Thematik nachvollziehen zu können.

Bürgermeister Pohlmann weist darauf hin, dass es sich nicht um eine Beschlussvorlage neuen Inhalts handele. Der durchaus nicht unübliche Vertrag sei bereits im Verwaltungsausschuss am 26.06.2013 vorberaten worden und auch Inhalt der Ratstagesordnung am 26.

Juni gewesen, wo die Angelegenheit dann allerdings abgesetzt worden sei. Die Gesamthematik sei allen Ratsmitgliedern spätestens seit Februar 2013 bekannt. Es sei zwar zunächst angedacht gewesen, die Beschlussfassung zurückzustellen, bis die vorgesehene grundsätzliche Diskussion über das kommunale Grundstücksmanagement und die NLG-Verträge abschließend beraten worden sei. Da sich die Aufarbeitung dieser Thematik aber umfangreicher darstelle als angenommen und man diese auch in Vollständigkeit vorlegen wolle, solle dieser städtebauliche Vertrag heute abschließend beraten und entschieden werden, um in der Sache weiterarbeiten zu können.

Ratsherr Beermann stellt dar, dass er sich nicht gegen den Inhalt des Beschlussvorschlages ausspreche, er sich aber aufgrund der oft knappen Sitzungsfolge in seinen Rechten und Pflichten eingeschränkt fühle.

Ratsherr Dr. Noureldin hält es für unwürdig, hier unter Zeitdruck entscheiden zu müssen. Die Ratsmitglieder nähmen ihre Aufgabe sehr ernst und müssten deshalb die Möglichkeit bekommen, ihre Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen treffen zu können – dazu gehöre auch die notwendige Zeit.

Ratsherr Rehm weist darauf hin, dass der Rat seit mehr als 25 Jahren den regelmäßig wiederkehrenden Verträgen mit der NLG zustimme – auch die SPD-Fraktion – und das mit regelmäßigem Erfolg. Der heute zur Diskussion stehende Beschlussvorschlag liege den Ratsmitgliedern seit einem Vierteljahr vor und die Hintergründe seien noch länger bekannt. Er bittet um Zustimmung, damit man nun auch in der Sache vorankomme.

Ratsherr Lorenz fragt sich, ob wirklich jedem Ratsmitglied die Bedeutung des Inhalts dieses Vertragswerkes ausreichend bekannt sei. Als sog. Hobbypolitiker brauche man ggf. etwas mehr Zeit, um sich in die Thematik einzuarbeiten. Eine umfassende Kenntnis in der Sache müsse vor einer Abstimmung aber gewährleistet sein; um dieses zu erreichen, sei auch eine Beratung in den Fraktionen erforderlich - um sich auszutauschen und Nachfragen stellen zu können. Beständen in den Fraktionen noch Fragen, sollte eine Beschlussfassung auch vertagt werden – er verstehe nicht, warum von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch gemacht werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt die Ratsvorsitzende den vorliegenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Folgender Beschluss wird mit 18 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen mehrheitlich gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur weiteren städtebaulichen Entwicklung für die Flächen Oesede, Flur 2, 19/13, 19/27, 19/26, 19/28, 19/36, 19/34, 19/38, sowie die Flächen Oesede, Flur 3, 19/4 und Oesede, Flur 15, 125/10 einen Gewährvertrag als städtebaulichen Vertrag mit der Niedersächsischen Landgesellschaft (NLG) abzuschließen, wobei die Stadt gemäß § 2 des Vertrages eine Bürgschaft übernimmt. Hinsichtlich der Höhe der Bürgschaft ergeht ein gesonderter Beschlussvorschlag an den Rat.

Im Vertrag sind für die Leistungen der NLG Gebühren in Höhe von 3 % für den Ankauf und 2 % für den Verkauf festzuschreiben.

**9. Städtebaulicher Vertrag "Harderburg"
Vorlage: BV/186/2013**

Der Fachausschussvorsitzende Schoppmeyer erläutert den Beschlussvorschlag. Ziel sei es, mit Hilfe des städtebaulichen Vertrages Bedenken gegen die Bebauung in diesem Bereich zu reduzieren bzw. Einfluss auf die Art und Weise zu nehmen. Er weist zudem auf die Änderungen hin, die sich in der heutigen VA-Sitzung ergeben haben und bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Bürgermeister Pohlmann erläutert die Änderungen des Beschlussvorschlages aus dem heutigen Verwaltungsausschuss. Einerseits handelt es sich darum, dass eine Kostenbeteiligung der Stadt am Erhalt des Kellergewölbes nicht erfolgen soll. Andererseits sollen die Verpflichtungen der Eigentümer dinglich in Form eines Wiederkaufsrechts festgeschrieben werden. Die zunächst vorgesehene Vertragsstrafe soll dafür entfallen. Er fügt hinzu, dass es sich im vorliegenden Fall nicht um einen städtebaulichen Vertrag im herkömmlichen Sinne, sondern um eine privatrechtliche Regelung zwischen der Stadt und den Eigentümern handele.

Ratsherr Schmechel spricht sich sowohl gegen den städtebaulichen Vertrag als auch gegen den Bebauungsplan „Rittergut Osthoff“ aus. Eine Zersiedelung dieses Bereiches müsse vermieden und die Chance, das Schutzgebiet zu erhalten, genutzt werden. Die Stadt habe es nicht nötig, das Grundstück in einer Superlage für einen „Spottpreis“ zu verkaufen und somit die Spaltung zwischen Arm und Reich voranzutreiben. Diese Vorgehensweise sei in seinen Augen der völlig falsche Weg.

Bürgermeister Pohlmann erklärt auf Anfrage des Ratsherrn Beermann, dass laut Vertragsregelung das Kellergewölbe erhalten bleibe, allerdings nicht – wie oben eingangs dargelegt – unter finanzieller Beteiligung der Stadt.

Ratsfrau Jantos würde eine gemeinsame Beratung dieses Punktes und des nachfolgenden (Bebauungsplan Osthoff) als sinnvoll erachten, da diese Punkte ihres Erachtens eng miteinander verbunden seien. Von einer Beschlussfassung zu diesem Punkt rate sie allerdings ab, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. Grundsätzlich habe sie nichts gegen eine Bebauung in diesem Bereich, um das Historische wiederzubeleben. Bei ihren Ausführungen bezieht sie sich auf den Festvortrag der Frau Prinzhorn beim diesjährigen Stadtgeburtstag, die die Bedeutung des Erhaltes historischer Gebäude herausgestellt habe. Leider sei in der Vergangenheit schon viel zu viel vernichtet worden. Komme es zur Bebauung, so müsse es aber möglich sein, diese ohne Weiteres im Einklang mit dem Bebauungsplan durchzuführen. Einschränkende Regelungen mit Hilfe eines Vertrages halte sie nicht für sinnvoll. Zudem hätten die Eigentümer bislang immer neue Wünsche an die Stadt herangebracht, die sie nicht gewillt sei, zu erfüllen. Zudem sei fraglich, ob die Eigentümer der Forderung nach einer dinglichen Sicherung überhaupt nachkommen werden. Werde die Angelegenheit nicht vertagt, werde sie diesen Beschlussvorschlag ablehnen.

Ratsherr Trimpe-Rüschemeyer kritisiert, dass das Areal der ehemaligen Harderburg als Teil des gesamten Bebauungsplanes Rittergut Osthoff mit überplant werde. Die bessere Variante wäre seines Erachtens ein Vorhaben bezogener Bebauungsplan gewesen, der bereits auf einem guten Weg gewesen sei. Der städtebauliche Vertrag sei nicht das richtige Instrument, um die Bebauung im Sinne der Stadt abzusichern. Er könne beiden Punkten nicht zustimmen. Auf keinem Fall sollte die Möglichkeit einer Zersiedelung eröffnet werden.

Ratsherr Schoppmeyer erklärt, dass im Fachausschuss von Seiten der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN der Vorschlag eines Vertrages unterbreitet wurde, um die Wünsche der Politik an die Eigentümer festzuschreiben. Die Verwaltung sei beauftragt worden, entsprechende Gespräche mit diesen zu führen und einen Vertrag vorzubereiten. Die Verwaltung habe diese Vorgaben der Politik erfüllt, die aber nun immer wieder neue Bedenken vortrage und weitergehende Prüfungen verlange. Dieses habe zu zeitlichen Verzögerungen geführt; nun möge man aber im Verfahren weiter kommen, indem die Vorbereitung des Vertrages beauftragt werde – lediglich darum gehe es hier.

Ratsherr Lorenz verwehrt sich gegen den Vorwurf der Verzögerung seitens der Politik. Im Fachausschuss habe er mehrfach darauf hingewiesen, dass Bebauungsplan und städtebaulicher Vertrag nichtig seien, wenn durch den städtebaulichen Vertrag die Festsetzungen des Bebauungsplanes eingeschränkt würden. Dieser Aspekt habe dann noch von der Verwaltung aufgearbeitet werden müssen. Er fügt hinzu, dass für den Fall, dass heute der Bebauungsplan beschlossen werde, die Stadt keine Möglichkeit mehr besitze, den Vertrag mit den Eigentümern durchzusetzen. Träfe man dann die Entscheidung, den Bebauungsplan nicht in Kraft treten zu lassen, um die Investoren zum Vertragsabschluss zu veranlassen, handele es sich s. E. nach § 240 StGB ggf. um den Tatbestand der Nötigung.

Vor diesem Hintergrund beantragt er, die Punkte 9 und 10 gemeinsam zu beraten und zu beschließen. Da das aber heute nicht möglich sei, beantragt er nochmals die Vertagung der Beschlussfassung zu beiden Punkten.

Bürgermeister Pohlmann stellt noch einmal dar, dass es sich bei dem hier zur Diskussion stehenden Vertrag nicht um einen städtebaulichen Vertrag im herkömmlichen Sinne handle. Die ursprünglich vorgelegte Fassung sei mit juristischer Beratung modifiziert worden. So sei in der Präambel des Vertrages der Bezug zum Bebauungsplan gestrichen worden, so dass diesbezüglich keine Rechtswidrigkeit zu befürchten sei. Er fügt hinzu, dass nicht die ehemalige Harderburg überbaut werden solle. In Bezug auf das Inkrafttreten von Bebauungsplänen weist er darauf hin, dass diesbezüglich Steuerungsmöglichkeiten bestehen.

Herr Reinersmann führt die letztgenannte Information des Bürgermeisters weiter aus. Nach dem Kommentar zum Baugesetzbuch sei es durchaus zulässig, Zeiträume zwischen Satzungsbeschluss und Bekanntmachung zur Beratung und Prüfung zu nutzen. Zudem sei es auch möglich, Bebauungspläne nur in Teilen in Kraft treten zu lassen; auch dieses Verfahren sei schon praktiziert worden. Sollten noch zu führende Gespräch zu dem Ergebnis führen, dass eine Aufhebung oder Teilaufhebung des Bebauungsplanes angezeigt sei, so wäre auch das machbar unter entsprechender Beteiligung der zuständigen politischen Gremien.

Bezug nehmend auf die o.g. Äußerungen des Ratsherrn Schoppmeyer erklärt Ratsfrau Jantos, dass es aktuell keine neuen Forderungen der SPD-Fraktion gegeben habe, vielmehr hätten die Eigentümer immer neue Wünsche. Sie schlägt vor, den Beschluss erst zu fassen, wenn ein mit allen Beteiligten endgültig abgestimmter Entwurf vorliege.

Ratsherr Lorenz sieht in diesem Bauleitverfahren eine Besonderheit, nämlich den Erlass eines Bebauungsplanes für ein Grundstück, für ein Bauvorhaben, für einen Eigentümer. Zudem sollen die Rechte dieser anschließend durch einen Vertrag eingeschränkt werden. Er schlägt vor, den Bereich der Harderburg vom bisherigen Bebauungsplanbereich abzutrennen und die Bauleitplanung dafür in einem gesonderten Verfahren durchzuführen.

Bürgermeister Pohlmann erwidert, dass ein solcher Vorschlag politisch diskutiert werden müsse.

Herr Reinersmann verweist, aufbauend auf die Recherchen der Frau Prinzhorn zur alten Anlage der Harderburg, darauf hin, dass man von einem Konzept zur Erhaltung der historischen Kulturlandschaft nur sprechen könne, wenn der Bereich beider Güter erhalten bleibe. Der Rat habe das Recht bzw. die Pflicht, seinen Planungen solche Konzepte zur Orientierung zu Grunde zu legen. Verbunden damit sei die Möglichkeit, einen überbaubaren Bereich mit diesem Ziel auszuweisen. Man könne zudem einen Teil aus dem Satzungsbeschluss herausnehmen oder es in seiner Gesamtheit zu Ende bringen. Eine solche Entscheidung obliege dem Rat.

Nach diesen Ausführungen lässt die Ratsvorsitzende über den vorliegenden Antrag des Ratsherrn Lorenz , die Punkte 9 und 10 gemeinsam zu behandeln (wie bereits geschehen) und zu beschließen, abstimmen.

Diesem Verfahrensantrag wird mit 17 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den 2. Antrag des Ratsherrn Lorenz, in dem es darum geht, den Teilbereich 2 des Bebauungsplanes aus der heutigen Beschlussfassung herauszunehmen und zu vertagen.

Dieser Antrag wird mit 19 Nein-Stimmen, 16 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Daraufhin lässt die Ratsvorsitzende über den präsentierten Beschlussvorschlag (einschließlich der Änderungen aus der vorangegangenen Sitzung des Verwaltungsausschusses) abstimmen.

Folgender Beschluss wird 20 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Grundstückseigentümern einen städtebaulichen Vertrag vorzubereiten.

Die zugrunde liegende Beschlussvorlage BV/186/2013 vom 19.09.2013 wird dazu wie folgt geändert:

Eine Kostenbeteiligung seitens der Stadt Georgsmarienhütte für den Erhalt des Kellergewölbes erfolgt nicht; rechte Spalte, Ziff. 1.3 und 2.2.

Die Verpflichtungen der Eigentümer sollen dinglich in Form eines Wiederkaufsrechtes gesichert werden. Das Wiederkaufsrecht soll auch die Vertragsstrafe, rechte Spalte, Ziff. 1.6, ersetzen.

**10. Bebauungsplan Nr. 256 "Rittergut Osthoff"
Ergebnis der Beteiligung der Behörden und Träger
öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der
Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB /
Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/166/2013**

Die Beratung dieser Angelegenheit erfolgt gemeinsam mit dem vorhergehenden TOP 9.

Ratsherr Trimpe-Rüschemeyer bittet zu überlegen, ob ggf. von der von Herrn Reinersmann dargestellten Möglichkeit einer getrennten Bekanntmachung der Teilbereiche des Bebauungsplanes Gebrauch gemacht werden sollte.

Ratsherr Schoppmeyer erklärt, dass diese Frage zu gegebener Zeit geklärt werden sollte ohne Abhängigkeit von der heutigen Beschlussfassung.

Ratsherr Dälken beantragt die Abstimmung über den ursprünglichen, vorliegenden Beschlussvorschlag.

Dieser Antrag wird mit 20 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Vor der Abstimmung meldet sich Ratsherr Lorenz noch einmal nur zum 2. Teilgeltungsbe-
reich des Bebauungsplanes, dem Bereich „Harderburg“, zu Wort. In einem kurzen histori-
schen Abriss stellt er die Planungen der Vergangenheit für das Gebiet des Rittergutes im
weiteren Sinne dar. Projekte wie die Ausweisung eines Gewerbegebietes oder die Errich-
tung eines Hotels seien fehlgeschlagen. Vermisst habe er bei all diesen Plänen eine ent-
sprechende Beteiligung der Bürger im Vorfeld. Im Rahmen der Suche nach Käufern für die
erworbenen Flächen sei die Verwaltung dann fündig geworden und habe das Grundstück im
Bereich der ehemaligen Harderburg einem finanzkräftigen Interessenten als Wohngrund-
stück angeboten, ungeachtet der Tatsache, dass dieses direkt an ein ökologisch sensibles
Gebiet angrenzt. Er fragt nach den Gründen für dieses Verkaufsangebot und bezweifelt,
dass der Kaufpreis in Höhe von 250.000 € ausschlaggebend gewesen ist. Er bezieht sich auf
Beratungen im Verwaltungsausschuss im Mai 2010. Damals sei dem Rittergut keine
städtebauliche Bedeutung beigemessen worden, da das Objekt außerhalb des Siedlungszu-
sammenhangs liege und immer auf eine landwirtschaftliche und private Nutzung ausgelegt
gewesen sei. Einer Augenscheinnahe durch die Bevölkerung wäre dieses Objekt nach
damaliger Aussage in der Regel ebenfalls entzogen gewesen, so dass sich eine geschicht-
liche Wahrnehmung deshalb nicht ausgebildet hätte. Ziel der damaligen Darstellungen sei es
seines Erachtens gewesen, einen möglichst hohen Verkaufserlös zu erzielen. Zudem sei
dem Verwaltungsausschuss suggeriert worden, dass eine Bebauung auf diesem Grundstück
möglich sei. Vor diesem Hintergrund wurde auch ein Rücktrittsrecht in die späteren Kaufver-
trägen aufgenommen für den Fall, dass bis zum 31.12.2012 für die geplanten Objekte keine
Baugenehmigung erteilt wird.

Nachdem die Verwaltung erkannt habe, dass es rechtlich problematisch werden könne, den
Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan wie zunächst vorgesehen zu beschließen,
habe die Verwaltung eine neue Begründung vorgegeben, die gerichtsfest sein soll. Die Vor-
gabe laute jetzt, dass die ursprünglichen Lebensformen „Wohnen und Arbeiten“ in diesem
Bereich erhalten bleiben sollen. Das ursprüngliche Haus sei 1996 verfallen. Voraussetzung
sei nun aber wiederum gewesen, dass die bebaubare Fläche eine bestimmte Größe (nicht
zu klein) aufweise.

Auf eine Pressemitteilung der CDU Bezug nehmend und an Ratsherrn Dälken gerichtet führt
Ratsherr Lorenz weiter aus, dass die dort getätigte Aussage, die Grünen würden diese An-
gelegenheit durch juristische Winkelzüge verzögern, keinesfalls zutrefte. Vielmehr habe die
Verwaltung in der Vergangenheit Fehler im Verfahren begangen, so seien z.B. notwendige
Unterlagen nicht rechtzeitig zugestellt worden, so dass sogar zu einer Sondersitzung des
Rates einberufen werden musste. Auch die jetzige Aussage zum Bebauungsplan, dass ein
Dorfgebiet entstehen solle, sei vollkommen falsch. Lediglich zwei Personen würden dort ein
neues Zuhause finden. Zudem habe zunächst der Umweltbericht gefehlt und das Gutachten
bzgl. der Fledermäuse sei unzureichend gewesen. Fehler seien auch von der Verwaltung
ingeräumt worden. Die Aussage der CDU-Fraktion, dass trotz allem nun eine politische
Entscheidung getroffen werden solle, wobei man davon ausgehe, dass die Verwaltung die
Verantwortung trage, könne er nicht nachvollziehen. Der Rat als Organ trage die Verantwor-
tung für die Rechtmäßigkeit seiner Entscheidungen. Er habe das Gefühl, dass bei der
Stadtplanung nicht die städtebaulichen Interessen im Vordergrund stehen, sondern die
Interessen einzelner verfolgt würden. Ein Grundstück werde veredelt und aufgewertet. Durch
einen Vertrag sollen nun die Baumöglichkeiten reduziert werden, damit die Eigentü-
mer nicht das realisieren können, was nach dem Bebauungsplan zulässig wäre. Er werde dem
Bebauungsplan nicht zustimmen.

Nach diesem Wortbeitrag lässt die Ratsvorsitzende über den ursprünglichen Beschluss-
vorschlag abstimmen.

Folgender Beschluss wird mit 19 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst:

Nach Abwägung der im Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 256 „Rittergut Osthoff“ mit zwei Teilgeltungsbereichen vorgetragenen Stellungnahmen wird der Bebauungsplan Nr. 256 „Rittergut Osthoff“ mit örtlichen Bauvorschriften über Gestaltung gem. § 10 BauGB als Satzung sowie die Begründung einschließlich Umweltbericht beschlossen.

**11. Bebauungsplan Nr. 256 "Rittergut Osthoff - Ergänzung"
Beschluss zur Aufstellung einer Ergänzung des
Bebauungsplanes nach § 13 BauGB
Vorlage: BV/182/2013**

Der Vorsitzende des Fachausschusses Ratsherr Schoppmeyer bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag und fügt hinzu, dass diese Ergänzung zum Bebauungsplan notwendig sei, um das Entstehen einer Splittersiedlung in diesem Bereich zu verhindern.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Die Aufstellung einer 1. Ergänzung zum Bebauungsplan Nr. 256 „Rittergut Osthoff“ im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB wird gem. § 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 3 BauGB beschlossen.

Städtebauliches Ziel ist die Beschränkung der Wohnnutzung für Teile des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 256.

**12. Änderungen und Neufestsetzungen von Straßennamen
Vorlage: BV/172/2013**

Ratsherr Schoppmeyer trägt den Beschlussvorschlag vor, der im Verwaltungsausschuss bzgl. des Unterpunktes 3 zur Namensgebung der Stichstraße am Harderberger Weg ergänzt wurde. Diese Straße soll den Namen „Kleeort“ erhalten.

Ratsherr Beermann nimmt diese Gelegenheit zum Anlass, auf die Aufgabe der Gemeinde, für eindeutige Straßenbezeichnungen und Objektzuordnungen Sorge zu tragen, hin. Leider sei von dieser Vorgabe bei der Entscheidung zur Namensgebung der jetzigen Straße „Am Rathaus“ aus seiner Ansicht nach rein politischen Gründen abgewichen worden. Die jetzige Bezeichnung und Zuordnung der Grundstücke sei nicht sinnvoll und verwirrend. Er rüge diese Vorgehensweise.

Ratsherr Schoppmeyer erwidert, dass die Namensgebung der Straßen in diesem Bereich des Oeseder Zentrums insgesamt im Rahmen der Neugestaltung des Stadtplatzes, für die derzeit noch der Wettbewerb laufe, neu beraten werden solle.

Ratsherr Beermann sieht keinen Zusammenhang der beiden o.g. Angelegenheiten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt die Ratsvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

1. Der Teilverlauf der jetzigen Straße „Birkkamp“, ausgehend von der Straße „Im Sutarb“, endend an der Grenze des Hofes Suttmeyer, erhält die Bezeichnung „Hof Suttmeyer“.
2. Das bisher der Straße „Am Limberg“ zugeschlagene und an der Bad Iburger Grenze in die dortige Straße „Am Zeppelinstein“ mündende Straßenteilstück erhält den Namen „Am Zeppelinstein“.
3. Die bisher der Straße „Harderberger Weg“ zugeschlagene Stichstraße im Gewerbegebiet Osterheide erhält den Namen „Kleeort“.

13. Bericht des Bürgermeisters

Energieeffizienzkonzept

Bürgermeister Pohlmann gibt einen kurzen Zwischenbericht in dieser Angelegenheit, wobei er eingangs erwähnt, dass die bereits existierenden und gut funktionierenden Aktivitäten und Projekte nicht einer Neuauflage bedürfen (sh. hierzu auch Protokoll zur öffentlichen Ratssitzung am 26.06.2013, TOP 17.1).

Das nun zu erstellende Konzept werde auf zwei Sparten basieren, und zwar zum einen die internen Geschäftsfelder des Gebäudemanagements, das zwischenzeitlich mit Architekt und ab Oktober auch mit neuem Bautechniker planmäßig auskömmlich besetzt sein werde. Ansatzpunkte seien hier die Bestandsaufnahme der Unterhaltungskosten der Gebäude einschließlich Sanierungsmaßnahmen und Steuerungstechnik. Die Sensibilisierung der Mitarbeiter durch Schulungen sowie ein einzurichtendes Nutzungsmanagement für die vorhandenen Räumlichkeiten und städtischen Einrichtungen würden weitere Schritte in dieser ersten Sparte sein. Ein Ziel müsse es sein, dass die Stadt mit gutem Beispiel vorangehe.

Im Frühjahr 2014 werde in einer Kick-off-Veranstaltung die zweite Sparte angegangen in Form von Bürgerinformationen, themenbezogenen Stammtischen und Kontaktaufnahmen zu Fördermittelgebern.

Zu den Haushaltsberatungen 2014 würden die Kosten dargelegt, die mit der Realisierung des Energieeffizienzkonzeptes, der geplanten Projekte und der damit verbundenen Personalaufwendungen verbunden seien.

14. Beantwortung von Anfragen

Zu beantwortende Anfragen aus der letzten Ratssitzung liegen nicht vor.

15. Anfragen

Anfragen wurden nicht eingereicht.

Ratsherr Beermann fragt hinsichtlich der Förderung der Hochwasserschutzmaßnahmen an, ob die in der letzten Ausschusssitzung für den Fachbereich IV getätigten Aussagen zuträfen oder ob das richtig sei, was man heute der Tageszeitung habe entnehmen können.

Bürgermeister Pohlmann erklärt, dass der Bescheid des NLWKN zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn (Anlegung von Auenflächen im Bereich der Düte) vorliege, so wie in der Ausschusssitzung dargestellt.

Die Ratsvorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Vorsitz

Bürgermeister

Protokollführung